

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1078.

Inserate pro 3gepaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Im Fürstentum Reuß j. L. (Gera) geht angeblich nicht, was in den Königreichen Bayern und Württemberg geht. — Bevölkerungspolitik und § 153 der Gewerbeordnung. — Einige Schutzmaßnahmen gegen gewerbliche Brand- und Explosionsgefahren. — Behandlung von Papiergarn- und -gewebe. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Verächtigung. — Berichte aus Fachkreisen. — Quittung. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

### Im Fürstentum Reuß j. L. (Gera) geht angeblich nicht, was in den Königreichen Bayern und Württemberg geht.

Der Vorstand der vereinigten Arbeiterausschüsse im Gebiet der sächs.-thür. Webereien hatte den Auftrag erhalten, das Fürstl. Ministerium, Abt. f. d. Innere, in Gera anzurufen wegen der Einführung von Garantielöhnen in der Textilindustrie. Jetzt ging den Anrufenden folgendes Schreiben zu:

Fürstliches Ministerium,  
Abteilung für das Innere. Gera, den 22. Juni 1917.  
Nr. 7580 11.

Auf Ihre Eingabe vom 22. Mai d. J. betreffend die Einführung von Garantielöhnen in der Textilindustrie, haben wir uns mit der Ortsgruppe Gera des Verbandes sächs.-thüringischer Webereien in Verbindung gesetzt. Diese hat uns aber, und zwar im Einvernehmen mit dem Vorstand des Verbandes der sächs.-thüringischen Webereien, davon in Kenntnis gesetzt, daß der Verband aus zwingenden Gründen davon absehen müsse, auf die Einführung von Garantielöhnen einzugehen. Das Affordsystem sei in der gesamten Textilindustrie des Inlandes und des Auslandes eingeführt und schließe, wenn es seinen Zweck erreichen soll, die Zulassung sogenannter Garantielöhne geradezu aus. Eine solche würde auch mit Rücksicht auf die mit diesem verbundene Mindererausnutzung der Normalstuhlleistungen eine ernste Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie sowohl im Inland als namentlich auch gegen das Ausland mit sich bringen.

Wir bedauern daher, dem Vorschlag, eine gemeinsame Besprechung über die Einführung von Garantielöhnen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen, als völlig aussichtslos nicht stattgeben zu können.

Unterschrift.

Dr. Hauschild, R.-A.

An den Vorstand der vereinigten Arbeiterausschüsse, Tarifkommission für Gera, Herrn Paul Müller, Langenberg-Reuß.

Das Schreiben der Fürstlichen Regierung ist interessant nach zwei Richtungen hin. Erstens zeigt es, daß die Fürstliche Regierung keinerlei eigene Initiative zu ergreifen gedenkt, um dafür zu sorgen, daß die Arbeiter eine einigermaßen gesicherte Existenz erlangen für das Durchhalten. Zweitens bezeichnet es etwas als undurchführbar, was soeben mit Hilfe der Regierungen in Bayern und Württemberg zur Durchführung kommt. Die Textilunternehmer in Gera und Umgebung wollen natürlich nichts wissen von Garantielöhnen, weil ihnen dann der Weg zu Lohnreduzierungen versperrt wird. Sie wenden sich also dagegen, und das genügt der Fürstlichen Regierung, um sofort zu erklären, es sei völlig aussichtslos, über die Einführung von Garantielöhnen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu verhandeln. Der Wunsch der Unternehmer ist der Fürstlichen Regierung Befehl; der Wunsch der Arbeiter wird mit diesem „Befehl“ zu Boden geschlagen. Glaubt denn die Fürstliche Regierung, daß damit auch für die Arbeiter diese Sache erledigt ist? Für die Arbeiter ist sie nicht erledigt, besonders nicht in dem Augenblick, wo die Regierung in Sachen ein Rundschreiben verendet, in dem sie einen Garantielohn als Maßstab nach dem sich die Affordlöhne zu richten haben, eingeführt wissen will, und in dem Augenblick, wo die Regierungen in Bayern und Württemberg mit teilgenommen haben an Verhandlungen, die damit endeten, für die Papiergarnindustrie Mindestlöhne festzusetzen.

In der Sitzung im Bayerischen Kriegsmministerium am 21. Juni d. J. wurden folgende Mindeststundenlöhne für die in der Papiergarnindustrie (auch für Mischgarne) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vereinbart.

1. Lohnklasse:  
Männliche 14—16 Jahre 25 Pf., bis 18 Jahre 38 Pf., über 18 Jahre 50 Pf.  
Weibliche 14—16 " 25 " " 18 " 32 " " 18 " 39 "

2. Lohnklasse:  
Männliche 14—16 Jahre 23 Pf., bis 18 Jahre 35 Pf., über 18 Jahre 47 Pf.  
Weibliche 14—16 " 23 " " 18 " 29 " " 18 " 35 "  
Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag. Sonntags- und Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag.

Wenn das Fürstliche Ministerium in Reuß j. L. die Sache noch einmal richtig durchnimmt, wenn es sich auch noch das Schreiben der sächsischen Regierung verschafft, das diese an die Kreishauptmannschaften und an die Mitglieder des Landesausschusses sandte, um diese Behörden und Personen aufzufordern, bezirksweise Festsetzung von Mindestlöhnen als Maßstab für die Affordlöhne in der Textilindustrie vorzunehmen, so wird es zu der Ueberzeugung kommen, daß es doch etwas voreilig war, sofort, nachdem die Unternehmer ihre Wünsche vorgebracht hatten, zu erklären, die Verhandlungen sind aussichtslos. Bei den Arbeitern handelt es sich hier um eine Lebensfrage, und das Fürstliche Ministerium kann versichert sein, daß sich die Arbeiter bei einer solchen Frage durch solche Zwirnspäden nicht festhalten lassen werden, das zu tun, was nötig ist, um zum Ziele zu kommen. Die Fürstliche Regierung sollte also die Vermittlung dieser Frage schnell übernehmen. Sonst geht es ohne sie von statten.

### Bevölkerungspolitik und § 153 der Gewerbeordnung.

Es ist eine alte, von der Klassenbewußten Arbeiterschaft schon lange aufgezeigte Erscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie sich bei Reformen zur Beseitigung aufgetretener Schwierigkeiten immer in Widerprüchen bewegt. So auch jetzt in den Fragen, die zusammengefaßt werden unter dem Rubrum „Bevölkerungspolitik“. Die Frage der Bevölkerungspolitik spielt eine große Rolle in der öffentlichen Diskussion dieser Zeit. Dabei kann man aber die eigenartigsten Beobachtungen machen. Um was handelt es sich bei der Bevölkerungspolitik? Richtig aufgefaßt darum, gesunde Menschenökonomie zu betreiben, d. h. Menschenleben zu gewinnen und zu erhalten. Während nun die einen verlangen, vor allem darauf hinzuwirken, daß dem Hinopfern zahlreicher Menschenleben auf dem Schlachtfeld des Krieges und auf dem Schlachtfeld der Arbeit sobald wie möglich Einhalt geboten werde, verlangen die anderen, daß die Hinopferung von Menschenleben keine Rolle spiele, wenn es sich darum handle, Deutschland durch Länderraub zu vergrößern. So hörten wir kürzlich den Reichstagsabgeordneten Mumm in der Kommission für Bevölkerungspolitik im Reichstage den Auspruch tun, er halte die „Erwerbung“, soll heißen Wegnahme Aurlands, für die wichtigste bevölkerungspolitische Aufgabe. Die Wegnahme Aurlands würde uns aber nicht so leicht gemacht werden, wie sich das Herr Mumm denkt; sie würde den Krieg noch sehr verlängern und unser ohnehin so schweren Menschenopfer gewaltig vergrößern. Nein, wollen wir gesunde Menschenökonomie betreiben, so dürfen wir unsere Männer nicht hinschlachten, um anderen Völkern Land und Gut wegzunehmen.

Aber noch in anderer Beziehung treten die Widersprüche zu Tage, in der Art, wie man sich die Förderung der Bevölkerungspolitik denkt. Man will die Zunahme der Geburten fördern, tut dies aber vielfach mit Mitteln, die von vornherein verjagen müssen. Man faßt diese bevölkerungspolitische Frage meist von der moralischen Seite an, während sie nur von der wirtschaftlichen Seite angefaßt werden kann. Denn bevölkerungspolitisch ist noch gar nichts gewonnen, wenn es gelingt, die Zahl der Geburten zu vermehren. Gelingen muß es, die Geborenen zu erhalten. Aber gerade hier wirken wieder recht kurzfristige Leute dagegen. Man entrüstet sich moralisch darüber, daß auch in Arbeiterkreisen eine vernünftige Menschenökonomie getrieben wird; d. h., daß denkende Arbeiter trachten, die Zahl der Kinder nicht über die Möglichkeit hinaus, alle richtig ernähren und erziehen zu können, zu steigern. Man wirft diesen Arbeitern vor, sie schränken ans materieller Gemütsucht die Kindererzeugung ein. Das ist natürlich ein sehr dummes Vorurteil. Wenn man schon einen solchen Vorwurf erheben will, so mag man ihn erheben gegen die reiche Bevölkerung, soweit sie die Kinderzahl einschränkt, um einestheils das vorhandene Vermögen nicht zu zerstückeln, anderenteils der gnädigen Frau nicht die Annehmlichkeiten des Lebens zu verderben durch öfteres Auftragen neuer Menschen. Der berühmte Heidelberger Professor der Medizin, Vincenz Czerny, der kürzlich starb, hat zehn Gebote der Gesundheit zusammengestellt. Von diesen lautet das achte Gebot:

„Sehen nicht mehr Kinder in die Welt, als du gut erziehen und ernähren kannst.“

Das ist ein vernünftiger Grundsat, den sich alle Familien in der Kinderfrage zu eigen machen sollten. Die

Reichen könnten dann die Kindererzeugung gewaltig steigern. Und wollte man eine solche Steigerung auch bei der minderbemittelten Bevölkerung, nun dann müßte man aber ihr Einkommen im erforderlichen Maße erhöhen. Denn im anderen Falle dient die Zunahme der Geburten nur der Bevölkerung der Kirchhöfe. Was hat wohl die Gesellschaft bevölkerungspolitisch für einen Gewinn, wenn die Kinder der Armen wegen Mangels an Existenzmitteln dahinsterben, wie die Fliegen. Wir fanden kürzlich eine Tabelle, die einen Vergleich enthielt zwischen der Kindersterblichkeit der Bergarbeiter und jener der Gesamtbevölkerung. Die Zusammenstellung ist zwar schon alt, besitz aber für diese Betrachtung noch vollen Wert.

Auf 1000 Einwohner kamen:

Regierungsbezirk	Geburten		Sterbefälle	
	Bergarbeiter	Gesamtbevölkerung	Bergarbeiter	Gesamtbevölkerung
Machen	35,2	39,5	37,4	36,1
Trier	56,8	62,4	39,2	39,2
Düsseldorf	30,8	34,9	41,4	39,8
Arnberg	42,0	50,3	43,5	43,5
Münster	56,1	67,4	35,2	38,9
Merseburg	51,7	50,1	41,4	39,0
Oppeln	55,2	69,5	43,3	48,2
Breslau	64,1	69,5	40,1	39,4

Die Ziffern sind sehr lehrreich. Wir sehen, daß mit Ausnahme der Bezirke Arnberg, Machen und Düsseldorf die Ziffern der Kindersterblichkeit bei den Bergarbeitern in den übrigen Bezirken ganz erheblich über die der Gesamtbevölkerung hinausgehen. Nun kann man vielleicht mit dem Einwand kommen, seit 1895 sind wir zu ganz anderen Existenzverhältnissen gekommen. Das mag bis zum Kriege gegolten haben. Es ist aber ganz sicher, daß uns der Krieg wirtschaftlich weit hinter jene Zeit zurückgeworfen hat, und noch weiter zurückwerfen wird. Es ist daher unvermeidlich, wie man den Bestrebungen der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, feindlich, oder gar hindernd entgegenzutreten kann. Denn nur, wenn es den Arbeitern gelingt, durch Erhöhung der Löhne die verlorengegangene Kaufkraft derselben auszugleichen, kann man doch damit rechnen, daß die Arbeiterschaft nicht gezwungen wird, die Kinderzahl herabzubringen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat sich in ihrer Nr. 42 in der Hauptsache gegen unsere Organisation gewandt, daß wir bestrebt sind, die Löhne auch über die Zeit des Krieges hinaus zu erhöhen. Sie schreibt: Die Gewerkschaften wollten Arbeitsbedingungen schaffen, die nicht nur auf die Not der Zeit zugeschnitten sind, sondern möglichst eine bleibende Natur besitzen. Daher wendeten sie sich grundtätig gegen die den Zeitumständen angepaßten Teuerungszulagen, die sie durch eigentliche Lohnzulagen ersetzt wissen wollen. Vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus ist das sehr notwendig. Es liegt doch nichts näher, als daß bei unfürlicheren Existenzverhältnissen für die Zukunft jedes Elternpaar, welches seinen Kindern gegenüber ein Pflichtgefühl bewahrt hat, sorgt, daß die Kinderzahl nicht erhöht wird. Wenn also die Gewerkschaften durch dauernde Verbesserung der Arbeitsverhältnisse über den Krieg hinaus für gute Existenzmöglichkeiten sorgen, so ist das eine ganz besonders hervorragende und von der Gesellschaft zu begrüßende bevölkerungspolitische Tat. Und es freut uns daher besonders, daß es gerade die Wirksamkeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf dem hier berührten Gebiet ist, was das Unternehmertum veranlaßt hat, gegen die Gewerkschaften loszugehen. Ganz erbot ist die „Arbeitgeber-Zeitung“, daß der Textilarbeiterverband gleich eine durchgängige Lohnzulage von 50 Proz. fordere. Das ist aber, wie wir der „Arbeitgeber-Zeitung“ jagen wollen, eine sehr beachtenswerte Forderung, angesichts der Tatsache, daß die Preise der Existenzmittel durchschnittlich erheblich höher gestiegen sind wie um 50 Proz., und daß andererseits die Löhne der Textilarbeiter auch dann noch erheblich niedriger sein werden wie die Löhne der Arbeiter anderer Berufe, wenn die Lohnzulage von 50 Proz. erreicht ist. Es weiß doch auch die „Arbeitgeber-Zeitung“, daß uns in letzter Zeit, besonders gelegentlich einiger Arbeitseinstellungen im April, gesagt worden ist, selbst wenn der Krieg zu Ende geht, wird zunächst noch auf lange Zeit die jetzige Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Teuerung usw. bestehen bleiben. Da ist es also doch richtig, daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Unternehmer nicht mit Schluß des Krieges kommen und sagen können, nun ist der Krieg zu Ende und damit auch die Voraussetzung gefallen für die Kriegsteuerungszulage.

Was die Beamtenorganisationen tun, wie die jetzt in zahlreichen und umfangreich begründeten Eingaben an ihren Arbeitgeber, den Staat, nachweisen, daß sie erheblich höhere Einnahmen haben müssen, wenn der Staat von den Beamtenfamilien erwarte,





